

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

6.10.1932 (No. 234)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. A. Menck, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Der Welttabakbau und der deutsche Tabakbau

C. Leonhard Albert, Diplombölkewirt, Karlsruhe

In den Java- und Sumatrabetrieben ist die Lage noch schlimmer. Für Java-Distrikte hat man einen 40prozentigen Anbaugabefortfall für 1932/33 durch die Vereinbarungen der Pflanzungsgesellschaften streng durchzuführen und hofft, so den Markt wieder ertragreicher und produktionsgesicherter zu gestalten.

Die amerikanischen Gebiete haben neben der Tendenz der Abschaffung der Überproduktion in diesem Jahre zwangsläufig dadurch zur Gebung des Absatzes beigetragen, daß ein großer Teil ihrer Ernten stark krankheitsbefallen war, und so von den Käufern abgelehnt wurde.

Die amerikanischen Gebiete haben neben der Tendenz der Abschaffung der Überproduktion in diesem Jahre zwangsläufig dadurch zur Gebung des Absatzes beigetragen, daß ein großer Teil ihrer Ernten stark krankheitsbefallen war, und so von den Käufern abgelehnt wurde.

- 1. Gesunkene Kaufkraft à conto der Weltwirtschaftskrise, 2. Kaufkraftverschiebung durch Kapitalkonzentrationsbewegung, 3. Devisenrationierung bedingt durch Punkt 2, 4. Antarke Bestrebungen ebenfalls durch Punkt 1-3 bedingt, 5. Minderung der Geschmacksansprüche als Zeichen der Notlage.

Italien, das 1922 noch rund 80 Proz. seiner Tabake einfuhrte, hat heute eine Eigenproduktion von 83,5 Proz. ohne Konsumrückgang.

Frankreich, das finanziell am besten dasteht, erhöht seinen eigenen Anbau, was z. T. auf die guten Erfolge der Verwendungsmöglichkeit elaffischer Tabaks in seiner Regie zusammenhängt und baut besonders in seinen Kolonien in erhöhtem Maße Tabak.

Rußland, das 1931 noch 153 000 Hektar eigene Tabake baute, erhöhte für 1932 seine Produktion auf 275 000 Hektar. Hier ist die Tendenz im Gedanken des Fünfjahresplans und des rein autarken kommunistischen Wirtschaftsprogramms klar zu erkennen und zu beurteilen.

Wir selbst in Deutschland stehen auch im Zeichen des Kampfes um die antarke Bewegung im Tabakbau. Die Frage der bestehenden Flächenkontingentierung hinsichtlich einer angemessenen Erweiterung ist sofort zu lösen, wenn eine gesetzliche Regelung des Beimengungszwanges den Ernteanfall im Absatz sichert.

* C. Nr. 228 der „Karlsruh. Ztg.“

Letzte Nachrichten

Der Deutsche Industrie- und Handelstag zur Lage Wirtschaftspläne - Einfuhrkontingente - Reichsverfassung

W.D. Berlin, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Industrie- und Handelstag befaßte sich gestern in seiner Hauptversammlung mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage. Auf Grund einleitender Vorträge von Präsident Dr. Grund-Breslau, Fabrikant Dr. Bagele, Vizepräsident der Handelskammer München, und Dr. Hamn führte die Erörterung zu dem Ergebnis, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag die Zielsetzung der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die die Wirtschaftsdpression vor allem durch Anreize und Stärkung der privatwirtschaftlichen Kräfte überwinden will, für grundsätzlich richtig halte.

Es sei dringende Pflicht der gewerblichen Unternehmen, die hier gebotenen Möglichkeiten nach besten Kräften zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auszuwerten. Es sei Sache der Regierung, die große Linie dieser Wirtschaftspolitik unbezweifelt fortzuführen und dahin zu wirken, daß den positiven sozialen Zielen dieser Politik von allen Beteiligten unvoreingenommen Rechnung getragen werde.

Was die handelspolitischen Fragen anlangt, so stünden die Maßnahmen der Einfuhrhemmung, die neue Hemmungen für die deutsche Ausfuhr nach sich ziehen würden, im Gegensatz zu der auf Überwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Politik. Derartige Maßnahmen würden der Landwirtschaft nicht helfen. Die mögliche Erhaltung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für Ausfuhr sei nicht etwa eine Sache internationaler Ideologie, sondern ein Erfordernis der Beschäftigung deutscher Menschen in Industrie, Handel und Landwirtschaft.

Des weiteren sei es geboten, möglichst bald zu voller Sicherung der Rechtsverhältnisse zurückzukehren, die Notwendigkeit der Wiederkehr einer vollverantwortlichen subventionlosen Privatwirtschaft nicht außer acht zu lassen und schließlich wieder die notwendige innenpolitische Stetigkeit zu gewinnen.

Um diese Kräfte sicherer zu Wirksamkeit zu bringen, seien wichtige Änderungen der Reichsverfassung unerlässlich notwendig geworden, namentlich eine enge Zusammenfassung der Reichsgewalt und der preussischen Staatsgewalt, sowie eine organische Gestaltung des Verhältnisses der Reichsgewalt zu den neben Preußen weiterhin bestehenden Ländern.

Die Minderheitenfrage in Genf Die deutschen Forderungen

W.D. Genf, 6. Okt. (Priv.-Tel.) In der Politischen Kommission der Völkerbundversammlung sprach bei Behandlung der Minderheitenfrage der deutsche Vertreter, Gesandter v. Rosenberg, über dieses Thema.

Er bemängelte die zu langsame Erledigung der einzelnen an den Völkerbund gelangenden Streitfragen in der Minderheitenangelegenheit, trat für mehr öffentliche Behandlung der einzelnen Streitfälle ein und schlug vor, einen ständigen Ausschuss von Persönlichkeiten zu bilden, die, von der Regierung unabhängig, jeden einzelnen Streitfall genau prüfen sollten. Zum Schluß erklärte v. Rosenberg, nur bei einer wirklichen Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund könne die sich gegenwärtig vollziehende große geistige Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Staat und Volk in ruhigen und geordneten Bahnen verlaufen.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug am 31. August d. J. 1908,8 Millionen Reichsmark, gegenüber 1942,3 Millionen Reichsmark am 31. Juli 1932.

Mehranbau von Tabak soundso vielen Arbeitslosen wieder Brot aus eigenem Verdienst gegeben werden kann, da ist die Frage des erweiterten Eigenanbaues um so stärker denn je bedingt und zu fordern. Wir müssen dieses Ziel aber um so betonter erreichen, da die Zollabschürfmassnahmen unserer Umliegestaaten uns zu dieser autarken Bewegung zwingen.

Wir selbst in Deutschland stehen auch im Zeichen des Kampfes um die antarke Bewegung im Tabakbau. Die Frage der bestehenden Flächenkontingentierung hinsichtlich einer angemessenen Erweiterung ist sofort zu lösen, wenn eine gesetzliche Regelung des Beimengungszwanges den Ernteanfall im Absatz sichert.

* C. Nr. 228 der „Karlsruh. Ztg.“

* Macdonalds Vermittlungsaktion

Dem britischen Premierminister, Herrn Macdonald, muß wohl angeichts des Treibens seines Auswärtigen Amtes schließlich der Geduldsfaden gerissen sein, und so hat er selbst in die gründlich verfahrenere Debatte eingegriffen. Verfahren ist die Debatte nicht nur durch die Weigerung Frankreichs, Deutschland die wirkliche Gleichberechtigung einzuräumen, sondern ebenso sehr durch das merkwürdige Verhalten des Londoner Auswärtigen Amtes. Dort segelt man offenbar völlig im französischen Fahrwasser - wofür ja schon allein die berüchtigte Note an uns der beste Beweis ist - und tut geflistentlich alles, um Frankreich den Rücken zu steifen.

Die Haltung Herriots wäre bestimmt eine andere, maßvollere, wenn das britische Außenministerium von vornherein einen scharfen und energischen Druck auf Paris ausgeübt hätte. Der öffentlichen Meinung Englands würde das wahrscheinlich mehr entsprochen haben, als die Politik, die das Auswärtige Amt faktisch für gut hielt. Zu welchen Konsequenzen sie geführt hat, wissen wir alle: Deutschland ist durch die britische Note in seiner Haltung zur Abrüstungskonferenz nur noch bekräftigt worden, und schließlich hat der deutsche Außenminister, Herr von Neurath, Genf ostentativ verlassen.

In diesem Augenblick hat sich Macdonald entschlossen, selber das Heft in die Hand zu nehmen. Und das erste, was er tat, um den Knoten zu entwirren, war die Einladung zu einer in London stattfindenden Konferenz, an der lediglich die meistinteressierten Mächte, nämlich Frankreich, Deutschland, England und Italien teilnehmen sollten. Die italienische Regierung hat die Einladung sofort angenommen. Die deutsche Reichsregierung hat der Einladung prinzipiell zugestimmt, aber nur unter der Bedingung, daß auch faktisch auf einer neuen Basis, das heißt, also auf einer anderen Basis als der der letzten Herriotischen Erklärungen und der britischen Note, verhandelt werde.

Daß diese britische Note nur noch historisch zu bewerten war, ergab sich ja aus der Aktion Macdonalds ganz von selbst. Und das ergab sich auch aus einer Veröffentlichung, in welcher die Vorschläge enthalten waren, die Macdonald der Konferenz zu unterbreiten gedachte. Diese Vorschläge hatten mit dem Inhalt der britischen Note nichts mehr gemeinsam, wenn sie auch zum Schluß Punkte enthielten, die für uns nicht annehmbar waren. Zimmerhin verriet die Aktion Macdonalds deutlich das ehrliche Bestreben, eine Plattform zu finden, die von beiden Mächten, von Frankreich und Deutschland, betreten werden konnte.

Praktisch kam es also, wie immer, lediglich auf Frankreich an. Und Frankreich hat unter dem Beifall der Pariser Presse von neuem abgelehnt. Nicht gerade die Einladung selbst, aber die deutsche Forderung. Von neuem ergibt sich aus den Kommentaren der Pariser Presse ganz klar, daß Frankreich nicht gewillt ist, uns die Gleichberechtigung einzuräumen.

Frankreich wäre unter Umständen dazu bereit, gewisse Abänderungen der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zuzulassen. Die Zumutung aber, daß Deutschland hinsichtlich seiner Rüstung das gleiche Recht zustehen soll, wie allen anderen Großmächten, also auch wie Frankreich selbst, wird mit Entrüstung zurückgewiesen. Schon die Vermittlungsaktion Macdonalds ist in Paris

angepflanzt wird, da die Nachfrage den Grenzproduzenten, der gerade noch im Geschäft zum Zug kommt, bestimmt. Langsam wird sich die ausgeglichene Lage, wenn auch nur zwangsmäßig bilden, davon bin ich überzeugt, denn schon mühten heute schon viele Pflanzler, was die rein tabakbauenden Länder angeht, sich eines weit Besseren besonnen haben, denn Tabak zu bauen. Aber auch hier findet man die in heutiger Zeit von der Bernunft regierte Forderung mächtig vorherrschend, sich gegenseitig zu verständigen, um nicht noch mehr, als schon durch die ungeheure Lage vernichtet ist, zu vernichten. Nur dieser Weg der gegenseitigen vertrauensvollen und ehrlichen Verständigung wird in absehbarer Zeit zu einer gelundert Gestaltung des Welttabakbaues führen. Alle anderen sonst angewandten Mittel werden sonst mit noch größeren und noch schwerer zu ertragenderen Vermögens- und Substanzverlusten abschließen.

mit großem Anmut aufgenommen worden, und ein Teil der Pariser Presse hat nicht gezögert, ihn der Deutsch-Freundlichkeit zu bezichtigen. Das mag wohl der schlimmste Vorwurf sein, den man in Frankreich gegen den Staatsmann einer anderen Macht erheben kann.

Jedenfalls war das Verhalten der Pariser Regierung der Aktion Macdonalds gegenüber so beschaffen, daß jetzt die britische Regierung selber amtlich erklären läßt, die Londoner Konferenz werde nicht stattfinden, da sie von vornherein aussichtslos sei.

Inzwischen ist die Meldung verbreitet worden, daß die französische Delegation in Genf einen Plan ausgearbeitet habe, der nach seiner Genehmigung durch das französische Kabinett der Abrüstungskonferenz unterbreitet werden soll. Der Londoner Sabas-Berichter berichtet, daß seine Hauptpunkte ein Vorschlag über den Konsultativpakt, ein Kontroll- und Sanktionsystem, die Internationalisierung der Zivilluftschiffahrt, die Beschränkung und Herabsetzung gewisser spezifizierter Angriffswaffen entsprechend der Entschliebung der Abrüstungskonferenz vom 22. Juli d. J. und schließlich die Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag vorgesehenen militärischen Klauseln mit gewissen Änderungen seien. Auch dieser Plan ist für Deutschland völlig undiskutabel. Denn auch er weicht einem Eingehen auf unsere Forderungen aus, will uns mit Nebensächlichkeiten abweisen und uns zu allem Überflus noch die freie Verfügung über unsere Zivilluftschiffahrt aus der Hand nehmen.

Aus den Ländern

Auflösung des Hessischen Landtags abgelehnt

Der Hessische Landtag beriet am Dienstag den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung des Landtags und Neuwahlen am 6. November. Da vorher der nationalsozialistische Antrag, die Zahl der Abgeordneten von 70 auf 35 herabzusetzen, abgelehnt worden war, verließen die Nationalsozialisten bei der Abstimmung über den Auflösungsantrag den Sitzungssaal. Da infolgedessen die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden war, ist der Antrag abgelehnt.

Vorher hatte der Landtag einstimmig die Herabsetzung der Ministergehälter auf 12.000 RM. und den Wegfall der Aufwandsentschädigung beschlossen.

Ehrenamtliche Bürgermeister für preussische Gemeinden bis 3000 Einwohnern

Im preussischen Ministerialblatt werden vorläufige Richtlinien des Innenministeriums für Ausführung der Verordnung über die Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung vom 3. Sept. 1932 erscheinen. Es handelt sich dabei um eine große Zahl technischer Einzelheiten, die alle das Ziel verfolgen, die Verwaltung billiger zu gestalten und Ersparnisse auch bei den Kommunen zu ermöglichen.

Von besonderem Interesse für die Öffentlichkeit dürfte folgende sein: Während bisher im größten Teil des preussischen Staatsgebiets die Stelle des Bürgermeisters auch kleiner und kleiner Städtehauptmännchen und besoldet sein mußte, ist durch § 36 der Verordnung die Möglichkeit geschaffen worden, für sämtliche preussischen Stadtgemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 3000 die Stelle eines ehrenamtlichen, unbesoldeten Bürgermeisters einzurichten. Der kommunalpolitische Innenminister beauftragte nun die Regierungspräsidenten, dafür zu sorgen, daß von dieser Möglichkeit tunlichst viel Gebrauch gemacht werde.

Eupen-Malmédy. Die belgische Regierung hat bei dem deutschen Gesandten in Brüssel gegen die Sympathieerklärung deutscher Kabinettsmitglieder für die Krefelder Kundgebung der Landmannschaften von Eupen-Malmédy und Mönchshaus Einspruch erhoben. Gesandter Graf Lerchenfeld hat bei einer eingehenden Aussprache mit dem belgischen Ministerpräsidenten den deutschen Standpunkt in dieser Frage nachdrücklich vertreten und insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß die Frage Eupen-Malmédy für Deutschland mit der jetzigen Regelung, die keine sinnngemäße Ausführung des Versailler Vertrages darstelle, in keiner Weise erledigt sei.

Das Urteil im Prozeß gegen die „Angriff“-Redakteure. Die 5. Strafkammer beim Landgericht I in Berlin verurteilte am Mittwoch die „Angriff“-Redakteure Dr. Leppert und Krause wegen Verleumdung und übler Nachrede des ehemaligen Polizeipräsidenten Grafen v. Helldorf und des ehemaligen Polizeibezirkspräsidenten Dr. Weiß zu 3 bzw. 5 Monaten Gefängnis.

8. Deutsches Regier-Fest

in Baden-Baden

Weg und Sinn eines musikalischen Festes zu erkennen ist heute in einer Zeit schwerster künstlerischer und wirtschaftlicher Krise doppelt notwendig und bei Max Reges um so mehr angebracht, weil sein Charakterbild vielfach noch zwischen der Auffassung eines kläglichen Epigonen und eines unentwegten Neutänzers schwankt. Weber das eine noch das andere jedoch dünkt uns jetzt, wo wir immerhin zu seiner Erscheinung eine gewisse Distanz gewonnen haben, ganz richtig; denn wohl war seine Blickwendung oft rückwärts und namentlich auf Bach und Brahms gerichtet, aber es wäre ebenso verkehrt, deshalb nun jede Weiterbildung der Form bei ihm leugnen zu wollen. Zwar hat Reges die letzte Konsequenz radikaler Gesinnung, wie man nach seinem bekannten Wort „Ich reite unentwegt links!“ vermuten könnte, selbst nirgends gezogen und trotzdem der jüngeren Generation so mannigfaltige Anregungen gegeben, daß man in ihm auch zumindest die verbindende Brücke zwischen altem und neuem Stil sehen darf, eine Meinung freilich, die es von vornherein verbietet, ihn endgültig schon, wie es auch jetzt wieder versucht wurde, als den letzten klassischen deutschen Meister festzulegen. Und solche mehrdeutige Anschauung scheint um so eher am Platze, weil vorläufig noch gar nicht zu entscheiden ist, was von seinem quantitativ so ungeheuren Arbeitspensum nun eigentlich den Tag überdauern wird und was davon wertlos als eben nur mit roten bedrucktes Papier ausscheiden muß.

Gerade dies achte Reges-Fest, das in Baden-Baden eine recht zahlreiche, von Auswärtigen allerdings nur schwach durchsetzte Hörerschaft vereinte, machte wiederholt in seinem zweitägigen Ablauf so folder Einfachheit und erdacht allein in den beiden Orchestern, mit denen Bruno Landmann (Mannheim) einen monumentalen Auftakt gab, den schlüssigen Beweis dafür, daß Reges fern allem Parteilhaber als der größte Fugenermeister des 19. Jahrhunderts nunmehr ganz allgemein zu gelten hat. Das klingt freilich nur wenig nach einer prinzipiellen

Gibt den Hungerigen Brot!

Wiederum steht ein harter Winter vor unserer Tür, wieder haben unsere Hoffnungen uns Enttäuschungen bereitet, wieder mußten auch in Baden die Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege mit allen ihren Organen im Rahmen der Deutschen Winterhilfsaktion zur gemeinsamen Hilfsleistung in der Badischen Notgemeinschaft zusammengeschlossen werden. Die freie Wohlfahrtspflege hat diesem Rufe Folge geleistet und allerorts rüsten sich die örtlichen Notgemeinschaften als Arbeitsgemeinschaften der Winterhilfe auf den Beginn ihrer bewährten Sammlungs- und Hilfsleistung. Zwar wird das Gelingen im kommenden Winter noch viel schwieriger sein als im Vorjahre, wo in den Familien noch gewisse Reserven vorhanden und für das riesengroße Heer der Erwerbslosen und Ausgesteuerten noch bessere finanzielle Voraussetzungen gegeben waren.

Allen Organen der Winterhilfe ist es klar, daß diese ganz große Not, die vom einzelnen unerschütet, vor uns heraufgewachsen ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und gelindert werden muß. Die Notgemeinschaften haben den festen Willen, jene bedrohliche Lücke zwischen öffentlichen Unterstützungen und tatsächlicher Not, nach Kraft und Möglichkeit auszufüllen und zu helfen, damit diesen aus dem Produktionsprozeß verdrängten armen Familienvätern und ihren Angehörigen geholfen werden möchte.

Doch dieses Bemühen kann nur dann von fühlbarem Erfolge begleitet sein, wenn es gelingt, unabhängig von allem anderen dargelegten Geschehen zum Segen für die Notleidenden in unserer Rolle, auch in unserm Vordere, jene wahrhaftige Winterhilfsfront aufzubauen, an der auch der letzte Volksgenosse mitarbeiten und teilnehmen muß. Diese Front der Hilfsbereiten muß werden. Wir müssen ob der Not des Mitmenschen erschüttert sein, wir müssen den Weg zum Herzen der Volksgemeinschaft finden, wir müssen helfen!

Und so wird nun wieder allerorts an das Mitempfinden der Menschheit appelliert werden. Die Helfergemeinschaften für die Winterhilfe 1932/33 werden wieder neu entstehen. Das „Wir wollen helfen!“ wird zum „Wir müssen helfen!“ werden. Und so wird an alle, die noch zu helfen vermögen, hiermit die herliche Bitte gerichtet, vergeht über den eigenen Sorgen der Not der bedrängten Mitmenschen nicht. Vergeht nicht, daß ehrsame Familienväter und brave Mütter sich darüber grämen, wie ihre Kinder den Winter hindurch alle Tage fast werden müßten, daß bei den Ausgesteuerten die Kohlenkeller leer sind, daß viele gute Mütter ihren Kindern ein warmes Stübchen bereiten möchten, wenn sie nur etwas zum Zeigen hätten, und daß viele arme Menschen sich glücklich schätzen würden, könnten sie warme und ordentliche Winterkleider ihr eigen nennen.

Diese Not ist riesengroß! Vergeht deshalb nicht eure Mitmenschen und spendet nach bestem Vermögen, wie in den Vorjahren der Notgemeinschaft, damit in gewissenhafter und geordneter Weise viel Not gelindert werden möchte.

Kurze Nachrichten

Falsche Behauptungen über Minister Warmbold. Zu den Behauptungen, in denen von einem Konflikt zwischen dem Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold und den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung gesprochen wird, wird von Berliner zuständiger Stelle erneut mit Nachdruck erklärt, daß davon keine Rede sei. Es bestehe im Gegenteil volle Einmütigkeit im Reichskabinett.

Keine Notverordnung gegen die Prostitution. Zu Meldungen über eine beabsichtigte Notverordnung gegen die Prostitution, wird aus preussischen Regierungskreisen erklärt, daß angeht die Entwicklung auf diesem Gebiete die Polizei Überlegungen angestellt habe, ob die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichend seien. Es ist in preussischen Regierungskreisen beabsichtigt, an das Reichsministerium des Innern mit der Anregung heranzutreten, alle diese Dinge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Wenn in diesem Zusammenhang von einer Notverordnung gesprochen wird, so gehen diese Behauptungen weit über das Ziel hinaus.

Professor Anshüs kommt nach Leipzig. Wie gemeldet wird, wird auch Prof. Anshüs, der bekannte Heidelberger Rechtslehrer und Verfasser des grundlegenden Kommentars der Reichsverfassung, nach Leipzig kommen, um sich an der Vertretung Preußens vor dem Staatsgerichtshof zu beteiligen. Preußen wird also außer durch die beiden Ministerialdirektoren Bredt und Wiese durch die Universitätslehrer Anshüs (Heidelberg) und Wiese (Frankfurt a. M.) vertreten. Für die beiden besonders klagenden Landtagsparteien — Zentrum und Sozialdemokratie — werden wieder die Professoren Peters und Heller auftreten.

Revision des bisherigen Standpunktes, klärt aber gleichwohl die Situation, insofern damit alles, was wir bei Reges sonst noch suchen und finden können, auf einem absolut einwandfreien Generalnenner steht. Lange mußte die Zeit auf einen solchen Meister warten; kunsttastisch vollbrachte Reges hier also eine Tat, die ohne Nach zwar nicht zu denken ist, die zugleich aber den in überstürzenden Wellen angelegten Problemen einen festen Halt gab. Zweifellos hätte auch Reges selbst, ein Wirrgespinnst wie er war, nie so festig wirken können und hätte wohl die anderen gefunden, wenn schon mehr oder minder komplizierten Teile seines Tates völlig aufgegeben, wäre ihm im rechten Augenblick nicht immer wieder diese Rückbesinnung geblüht und eine desto stärkere Konzentration auf seine ureigenen Aufgabe gelungen. Von dieser steigenden Verbundenheit mit dem Wesen der Fuge und der ihr naherwandten Variation hängen aber auch Bedeutung und Kriterium seiner übrigen Werke ab, ja wenn wir die Fuge als B. von dem F-Moll-Klavierkonzert (Opus 114), abgesehen davon, daß es Rudolf Serkin ganz hervorragend interpretierte, besonders überaus gut werden, so lag es daran, daß seine Basis nie so eindringlich zum Bewußtsein kam. Natürlich verabschiedet Reges nicht immer so schwer verdauliche Kost und bleibt trotzdem ernst und gemaltig, auch wo er wie in der Alt-Konkate „An die Hoffnung“ ein Götterlin-Gebicht ohne jahntechnische Kunstgriffe und ohne hineingeheimniste Alang-mathematik aus den Worten einfach naderzählend formt. Dennoch und selbst wenn Maga Spiegel (vom Frankfurter Opernhaus) eine durchgeleitete Wiedergabe berührt, steht er uns allemal näher, wo fast des passiv Kontemplativen (so in den meisten Liedern) mehr ein aktiv Schöpferisches fühlbar wird. Deswegen werden auch kaum je die „Sinfonietta“ (Opus 90) oder die „Romantische Suite“ (Opus 125) — sogar in tonlich einwandfreierer Erscheinungsform, als sie diesmal Ernst Hellisch und das Badener Kurorchester ihnen zu leihen vermochten — bessere Erfolgskancen haben, während die Möglichkeit dazu für das zweifelhafte H-Moll-Werk (Opus 96), das Hans Bruch und Rene Willer-Bruch ausgezeichnet vermittelten, sicher noch wächst und bei den „Siller-Variationen“

Der Entwurf für die Verfassungsreform

Der Quotient für die Reichstagswahl bleibt unverändert. Entgegen anderslautenden Blättermeldungen wird an gut unterrichteter Berliner Stelle erklärt, daß bisher im Reichsinnenministerium der Entwurf für die viel erörterte Reform der Reichsverfassung noch nicht fertiggestellt sei. Man könne damit rechnen, daß noch mehrere Wochen vergehen werden, ehe der Entwurf vorliegt.

Beraten werde über die Verfassungsreform schon seit einiger Zeit, ohne daß man bisher zu positiven Mitteilungen über den endgültigen Inhalt der Reform Anlaß und Berechtigung habe. Allerdings sei ja die Verteilung der Zahl der preussischen Staatsministerien schon angedeutet worden. Mit ziemlicher Sicherheit könne man nunmehr sagen, daß die Voraussetzung des Quotienten für die bevorstehende Reichstagswahl nicht erfolgen werde, obwohl sie an sich ohne verfassungsrechtliche Schwierigkeiten einfach durch eine Änderung des Reichswahlgesetzes möglich wäre. Es wird also diesmal dabei bleiben, daß auf je 60.000 Stimmen ein Reichstagsmandat entfällt, was vor allem von den Mittelparteien begrüßt werden dürfte.

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes

Die Schlichterkonferenz

Aber die am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Schlichter-Besprechung wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Dem Reichsarbeitsminister Berichteten die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung war, daß die stufenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens in der Öffentlichkeit übertrieben wurden, keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, etwas zu ändern.

Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden ist, rechnen die Schlichter mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit.

Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung

Nach dem Bericht des Schlichters für den Bezirk Südwestdeutschland sind seit dem 25. September bis einschließlich 1. Oktober 1932 auf Grund der Notverordnung vom 5. September rund 1700 Arbeiter und Angestellte neu eingestellt worden. Die Neueinstellungen sind hauptsächlich erfolgt in der Textilindustrie, dem Bekleidungs- und Maschinenbau und bei dem Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau.

Im Schlichterbezirk Ostpreußen sind bis zum 1. Oktober 1932 in 54 Betrieben rund 1600 Neueinstellungen erfolgt.

In der Provinz Ostpreußen sind im Baugewerbe eine Reihe von Neueinstellungen vorgenommen worden.

In dem Schlichterbezirk Bayern sind vom 28. September bis 3. Oktober rund 2800 Neueinstellungen erfolgt.

Im Schlichterbezirk Westfalen sind in der gleichen Zeit rund 2400 und im Bezirk Mitteldeutschland 3200 Neueinstellungen erfolgt.

Wie der Schlichter für Berlin-Brandenburg meldet, sind in seinem Bezirk am 4. und 5. Oktober 1932 rund 500 Neueinstellungen erfolgt.

Kleine Chronik

Beim Bahnbau Tullingen-Gatingen wurde eine mit 18 bis 20 Ballwagen bespannte Maschine von diesen herab in Gang gesetzt. In einer Kurve sprang die Maschine aus dem Gleis und stürzte zu. Der Lokomotivführer wurde getötet, der Feiger schwer verletzt.

Ein furchtbares Verbrechen ist durch die Frankfurter Nordkommission aufgefahret worden. Drei noch jugendliche Burchen hatten in der Nacht zum 7. Dezember vorigen Jahres eine 19jährige Hausangestellte nach einem genau vorhergesprochenen Plan von einer der Main-Brücken in den Main geworfen. Man glaubte damals an einen Freitod des Mädchens.

Im Hamburger Hafen ist auf dem großen englischen Motorschiff „Glenamoy“ Feuer in der Ladung getrodnetet. Rotesöl wurde ausgebrochen, das sich schnell über die Laderäume verbreitete. Die Feuerwehr arbeitete heute vormittag mit 23 Rohren. Nach einer weiteren Meldung gelang es der Feuerwehr gegen Mittag, den Brand in ihre Gewalt zu bekommen.

Im Defensivabsehungsprozeß Sedlmayr in Berlin beantragte der Staatsanwalt gegen Sedlmayr wegen Defensivgehens und Urkundenfälschung 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Adam Reuhauer wegen Beihilfe 2 Jahre Gefängnis.

Verdächtigung in Cuauator. Der Kriegsminister von Cuauator und mehrere andere Offiziere sind wegen Verdächtigung verhaftet worden.

mitunter schon die Grenzen eines billigen Publikum-Sieges zu überschreiten droht.

Sobiel zu der mit dem Künstlerum Reges stets aufs neue angeschnittenen Problematik. Was außerdem noch über den Menschen zu sagen wäre, nun da sind denn doch die Gegenstände allmählich so zusammengekommen, daß wohl niemand mehr gegen das von Dr. Fritz Stein, dem namhaften Wiener Dirigenten und langjährigen Freund des Komponisten, fligerte Bild von „Max Reges Persönlichkeit“ irgendwelchen tiefer begründeten Einwand erheben dürfte, zumal der Redner sich nicht bemühte, sich etwa von solchen Dingen frei zu machen, die hie und da eine leichte Charakterchwäche andeuten. Trotzdem ward das, was er aus persönlichem Kontakt und intimer Kenntnis des (zum Teil noch unveröffentlichten) Briefwechsels sagte, zu keiner der gegenwärtig so beliebten und hauptsächlich im Anbietenhaften interessanten Vivisektion, sondern erstreute als ein schöngestimmter Abschnitt aus einer Biographie, wie sie demnächst ja auch aus der Feder dieses berufenen Reges-Forschers tatsächlich zu erwarten ist. O. Sch.

Das Stadttheater Konstanz eröffnete am Samstag unter der neuen Direktion von Dr. E. Weidner seine Winterpielzeit. Schatenspeares „London verlorener Sohn“ und Ludwig Fuldas „Fräulein Frau“, bildeten den verheißungsvollen Auftakt und gaben Gelegenheit, das besonders in seinem weiblichen Teil vorteilhaft erneuerte Ensemble kennen zu lernen. Die jetzige Zusammenfügung beweist, wie gerade kleinere Theater in der Theaternot unserer Zeit Gelegenheit haben, gute Kräfte, deren sich bedeutende Bühnen nicht zu schämen brauchen, zu engagieren.

Rektorswechsel in Heidelberg. Mit dem Samstag übernimmt der neue Rektor für das Studienjahr 1932/33, Prof. Andreas, die Rektorsgeschäfte.

Das Amt des Rektors an der Mannheimer Handelshochschule ging am Samstag von Professor Dr. Rüdiger auf den ordentlichen Professor der Betriebswirtschaftslehre Dr. Heinrich Sommerfeld über.

Badischer Teil

Geleichterung der Wahlvorbereitungen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:
 ** Nach einer heute in der „Karlsruher Zeitung — Badischer Staatsanzeiger“ erschienenen Bekanntmachung hat der Minister des Innern zur Erleichterung der Wahlvorbereitungen zur bevorstehenden Reichstagswahl zugelassen, daß Bekanntmachungen, Plakate und Anrufe, die für die Wahlzwecke zur Verbreitung im ganzen Land bestimmt sind, statt bei den einzelnen Ortspolizeibehörden einheitlich beim Polizeipräsidenten Karlsruhe vorgelegt werden können.

Evangelische Landesynode

Die neue Kirchenregierung

Bei Beginn der Mittwochvormittags-Sitzung wurde Herr von Reichenau, dessen Platz ein Rosenstrauch schmückt, vom Präsidenten, Ministerialrat Dr. Unhauer, zum 75. Geburtstag beglückwünscht.

Dann kam der Antrag der Religiösen Sozialisten zur Behandlung, worin sich diese über Nichtberücksichtigung durch die Kirchenregierung bei Ernennung der sechs Synodalmitglieder beklagten. Der Antrag wurde vom Abg. Karcher begründet. Abg. Jugendpfarrer Kappes erklärte, der Gruppe der Religiösen Sozialisten werde es in Zukunft unmöglich sein, mit Rathos für die Gestaltung der Kirche irgend etwas zu tun. — Abg. Oberstaatsanwalt Fiker, Freiburg, gab die Erklärung ab, daß die liberale Gruppe dem Antrag der Form wegen nicht zustimmen könne, aber die Stellungnahme der Kirchenregierung nicht billige. — Abg. Pfarrer Bender, Mannheim (Positiv) widersprach dem Vorwurf, ob die Kirchenregierung einseitig und aus machtpolitischen Erwägungen heraus gehandelt habe. Der Religiöse Sozialismus trage selbst die Schuld daran, daß man ihn auf der Gegenseite innerlich ablehnen müsse.

Abg. Pfarrer Kober, Amlingen (Positiv) führte aus, daß die Kirchenregierung auf Grund des Proporz nicht anders verfahren konnte.

Kirchenpräsident D. Wurtz verwies auf die Bestimmungen der Kirchenverfassung, die dem Ernennungsrecht zugrunde liegen, und erklärte, jede Kirchenregierung werde bestrebt sein, eine feste Majorität hinter sich zu haben.

Der Antrag der Religiösen Sozialisten verfiel darauf mit 43 Stimmen der Positiven und Nationalsozialisten gegen 7 Stimmen der Antiquarier der Ablehnung. Die 12 Abgeordneten der liberalen Gruppe enthielten sich der Stimme.

Die Nachmittags-Sitzung brachte interessante verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen. Es wurde von der Mehrheit eine grundlegende Reform der Kirchenverfassung gefordert, zu deren Durchsicht ein Sonderausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt werden soll. Der von liberaler Seite eingebrachte Antrag auf Änderung des Wahlrechts wurde diesem Ausschuß als Material überwiesen. Der Verfassungsausschuß hatte sich des Weiteren mit einem Antrag der Positiven zu befassen, der statt sechs nur vier Synodalmitglieder in die Kirchenregierung gewählt wissen will. Der Antrag fand mit großer Mehrheit Annahme.

Abg. Pfarrer Boges, Eggenstein (N.S.), stimmte grundsätzlich zu in der bestimmten Erwartung der Stärkung der kirchlichen Autorität. Die Verfassungsreform müsse noch in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen und durchgeführt werden. Die Kirchenregierung müsse frei sein von parlamentarischen Bindungen. Das Ziel seiner Gruppe sei die Entparlamentarisierung der Kirche.

Abg. Pfarrer Bender, Mannheim (Positiv), unterstrich gleichfalls die Notwendigkeit einer kirchlichen Verfassungsreform. Die Kirchenleitung habe trotz allem Großes zum Segen der Kirche geleistet. Von einem Machtmisbrauch der bisherigen Mehrheit könne keine Rede sein.

Abg. Pfarrer Spies, Forstheim (Liberal), erklärte, seine Gruppe könne sich nicht auf einen ersten Schritt der Reform einlassen, von dem sie nicht wisse, wo er endet. Der Gedanke, daß in der Kirchenregierung nur eine Richtung maßgebend sein solle, sei abzulehnen.

Die weitere sachlich teilweise sehr scharfe Debatte zog sich bis gegen 8 Uhr abends hin. Schließlich wurde der Antrag der Positiven Gruppe, statt 6 nur 4 Synodalmitglieder in die Kirchenregierung zu entsenden, in namentlicher Abstimmung mit 42 Stimmen 20 Stimmen der Religiösen Sozialisten und Liberalen angenommen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit gerade erreicht.

Die Sitzung wurde darauf kurze Zeit unterbrochen, da sich die Kirchenregierung zwecks Formulierung ihrer Stellungnahme zu diesem verfassungsändernden Gesetz zurückzog. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ließ der Kirchenpräsident durch den Präsidenten erklären, daß die Kirchenregierung von ihrem Rechte, das Gesetz zurückzustellen, keinen Gebrauch mache. Es konnte also zur Wahl der 4 Synodalmitglieder geschritten werden.

Gegen die Stimmen der Religiösen Sozialisten und der kirchlich-liberalen Gruppe wurden gewählt: Pfarrer Bender, Mannheim (Positiv), Steueramtmann Dittes, Emmendingen (Positiv), Pfarrer Boges, Eggenstein (Amt Karlsruhe), Nationalsozialist und Stadtoberbaudrat Dr. Dommer, Karlsruhe, Nationalsozialist; als Ersatzmänner wurden bestellt: Forstater von Ober, Eberbach (Positiv), Pfarrer Kober, Mannheim (Positiv), Pfarrer Karcher, Forstheim (Amt Lahr), Nationalsozialist, und Amtsgerichtsrat Reine, Wiesloch, Nationalsozialist. Die Neugewählten wurden sofort vom Präsidenten verpflichtet.

Nach einem Schlusswort des Präsidenten und Gebet verzogte sich die Synode auf unbestimmte Zeit.

Durch das Wahlergebnis scheiden Geheimrat Bauer, Heidelberg (Liberal) und Professor Dietrich (Religiöser Sozialist) aus der Kirchenregierung aus. Diese setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: D. Wurtz, Kirchenpräsident, D. Kählerwein, Prälat, Dr. Doerr (der liberalen Gruppe angehört), D. Kapp, Dr. Friedrich und D. Schulz, Oberkirchenräte, Pfarrer Bender, Mannheim (Positiv), Steueramtmann Dittes, Emmendingen (Positiv), Pfarrer Boges, Eggenstein (N.S.), und Stadtoberbaudrat Dr. Dommer, Karlsruhe (N.S.).

Aus den Parteien

Am kommenden Sonntag finden Landesausschüßungen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei in Karlsruhe bzw. Rehl statt, zwecks Aufstellung der Kandidatenliste und Herausgabe von Richtlinien für den Wahlkampf. In Rehl wird außerdem Reichsminister a. D. Dietrich sprechen.

Abgelehnte Eingemeindung. Die Einwohnerschaft der Gemeinden Hohenjochen und Bücheljochen bei Weinheim lehnte mit Mehrheit die Bestrebungen ab, die beiden Gemeinden mit Weinheim zu vereinigen.

Der freiwillige Arbeitsdienst für die männliche deutsche Jugend

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Unter obigem Titel veröffentlicht der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Herr Präsident Dr. Strub, in Nr. 27 des „Reichsarbeitsblattes“ einen Aufsatz, in welchem in übersichtlicher Weise für die für den freiwilligen Arbeitsdienst geltenden Bestimmungen behandelt werden. Von dieser Abhandlung sind Sonderdrucke in handlicher Form hergestellt worden. Das Heft wird zum Preise von 50 Pf. für das Einzelstück abgegeben. Bei Bezug von mindestens 10 Stücken ermäßigt sich der Preis auf 45 Pf., ab 50 Stück auf 40 Pf., und ab 100 Stück auf 35 Pf., einschließlich Versandkosten. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Reichsarbeitsblattes, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, entgegen.

Aus der badischen Industrie

Stillelegung in der Tabakindustrie. Die Fabrik Apfel, Mannheim, die in Karlsruhe (bei Buchfal) seit vielen Jahren drei und seit einigen Monaten noch zwei Zigarrenfabriken betrieb, stellte am Dienstag in beiden Fabriken die Arbeit ein. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen in der Gemeinde um weitere Hundert gestiegen.

Neueinstellungen bei Wolff & Sohn, Karlsruhe. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Firma Karlsruher Porzellan- und Toilettefabrik F. Wolff & Sohn, G. m. b. H., Karlsruhe, in Durchführung der Rotterordnung 150 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen neu eingestellt.

Lohnkonflikt bei Rhodieta beilegt. Nach der „Volkswocht“ ist der Lohnkonflikt bei der Deutschen Azetat Kunstseidenfabrik Rhodieta AG. in Freiburg beigelegt worden. Der beachtliche Lohnabbau für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde ist von 50 auf 25 Proz. gesenkt worden. Durch diese Lohnsenkung können mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeit erhalten.

Tagungen

Frauen- und Mädchentagung. In der „Aschenhütte“, dem Ferienheim der Karlsruher Gruppen des Bundes Deutscher Jugend im Gasthof der Herrenalpe veranstaltete der Badische Verband für Frauenbetriebe ein Treffen der weiblichen Jugend und der Frauen der Frauenbewegung. Die Leiterin des Treffens, Frau Luise Wegner, sprach in ihrer Begrüßung davon, daß man versuchen sollte, das Mitbewusstsein, das zwischen den verschiedenen Altersstufen herrscht, abzubauen. Die Mädchen wollten nichts anderes, als mit ihren Erfahrungen der Jugend zu dienen, die Jugend aber solle aufgeschlossen und frisch ihre Ansicht der Dinge herausstellen. Am Sonntag sprach bei einer Vorgesangfeier Frau Dr. Marie Baum über „Frauenaufgaben in unserer Zeit“. Die Rednerin legte dar, warum das junge Mädchen heute gezwungen sei, in das Berufsleben einzutreten. In keiner anderen Lebensform aber als in der Familie sei die Möglichkeit, edle Gemeinschaftsleben zu pflegen und es der kommenden Generation zu übermitteln, vorhanden. Die Frau werde im allgemeinen nicht instand sein, als Familienmutter noch einen Beruf voll ausüben zu können. Als Ergebnis einer sehr lebhaften Aussprache konnte man feststellen, daß der Beruf von den jungen Frauen und Mädchen stark bejaht wurde. Einzelne Probleme wurden eingehender erörtert, z. B. die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Ertrages von Frauen durch fleckenlose Männer.

Aus der Landeshauptstadt

Jubiläum der Karlsruher Stadtmision. Die Stadtmision Karlsruhe feiert am Sonntag, den 9. Oktober, im Rahmen des Vormittagsgottesdienstes in der Stadtkirche ihr 50jähriges Bestehen. Die Festpredigt hält Stadtpfarrer Diemer aus Gernsbach, der von 1901 bis 1907 als Inspektor an der Stadtmision hier tätig war.

Letzter Ausgabetermin der Sommerurlaubskarten. Ermäßigte Sommerurlaubskarten werden nur noch bis zum 21. Oktober ausgegeben. Letzter Gültigkeitstermin ist der 31. Oktober. Die in Südwestdeutschland versuchsweise eingeführten Rundreisekarten mit 25 Proz. Ermäßigung werden vorläufig bis zum Ende des Jahres weiter ausgegeben.

Drei tödliche Verkehrsunfälle vor Gericht. Das Karlsruher Schöffengericht hatte sich am Mittwoch mit nicht weniger als drei tödlichen Verkehrsunfällen zu befassen. Der erste Fall bezog sich auf das Verkehrsunfall in der Karl-Wilhelm-Straße bei der Parkstraße am 27. Juni, wo ein Motorradfahrer durch ein heftiges Lieferauto tödlich verletzt wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß der tödlich Verunglückte stark betrunken gewesen war. Das Gericht kam hier zu einem Freispruch; desgleichen in einem zweiten Fall (am 30. Juni, Ecke Ritter- und Gröppingstraße), wobei der Getötete, der auf einem Kleinmotorrad fuhr, selbst die Schuld hatte. — Ein 47 Jahre alter Arbeiter aus Schwellingen hatte am Abend des 5. Juni auf der Landstraße Waghäusel-Wiesental die Verkehrsregeln nicht beachtet und dadurch einen Zusammenstoß mit einem Motorradfahrer verursacht, wobei ein Kind getötet und eine Frau verletzt wurde. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung auf 400 RM Geldstrafe an Stelle einer verweirten Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Das Gericht betrat die Auffassung, daß zu dem Unglück auch die fahrlässige Handlung des Motorradfahrers beigetragen habe.

Badisches Landestheater. Mit dem am Freitag, dem 7. Oktober, stattfindenden „Balllet-Abend“ tritt der neue Balletmeister Ferry Dvorak zum erstenmal mit einer selbständigen, geschlossenen Tanzdarbietung vor unser Publikum. Unter seiner Regie und Mitwirkung geht zuerst die Tanzantomime „Schererabende“ von Rimsky-Korsakow in Szene, deren Ausführende außer Ferry Dvorak selbst (als der Sklave Omar) Elfriede Kuhlmann in der Titelrolle, Toni Widmann und Viktor Hoshpach in den Hauptrollen sind. Die musikalische Leitung hat Hans Ebbel. — Die ersten Teile des Abends schließen sich 7 Einzelnummern (Solo- und Chorlätze) an. — Die Beteiligung an der Lösung des vom Landestheater ausgeschrieben Preisrätsels ist über alles Erwarten stark. Die Mitbewerbersfrist läuft am 15. Oktober ab und es sei deshalb nochmals daran erinnert, daß kein Theaterfreund sich die außerordentlichen Gewinnchancen entgehen lassen darf.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Auch heute nacht führte der Temperaturrückgang in mittleren und höheren Lagen zu leichtem Frost. Da der Hochdruck über dem Festlande noch erhalten geblieben ist, steht noch keine Abkühlung des trodenen Wetters in Aussicht. — Voraussage: Fortdauer des trodenen und sehr kühlen Wetters.

Wasserstände: Waddshut 240 minus 4, Basel 38 plus 12, Rehl 243 plus 12, Ragau 387 plus 7, Mannheim 241 plus 2, Caub 150 minus 2 Ptm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Starker Temperaturrückgang im Schwarzwald

Ein neuerlicher Polarsturmbruch hat in allen Teilen des Schwarzwalds einen scharfen Temperaturrückgang zur Folge gehabt. Die tiefsten Temperaturen werden gegenwärtig von den Gipfeln und Berggipfeln gemeldet, wo schon am Dienstag früh der Gefrierpunkt erreicht wurde. Auf dem Feldberggipfel stieg die Temperatur auch tagsüber nicht mehr viel über Null Grad und abends herrschte sogar leichter Frost. Untertags gingen auf den Berggipfeln strichweise Graupelschläge nieder. In den mittleren Bergzonen ist die Temperatur seit dem letzten föhnigen Sonntag um 10 Grad auf 4-5 Grad Wärme gefallen. In Freudenstadt ging das Thermometer in der Mittwoch Nacht bis auf 0,7 Grad unter Null herunter, heute früh 7 Uhr stand es auf plus 0,2 Grad.

Dr. Mannheim, 5. Okt. Heute kann Oberrechnungsrat Karl Seeger, der fast vier Jahrzehnte hindurch im Verwaltungsdienst der Stadt Mannheim tätig gewesen ist, seit 1928 im Ruhestand lebt, seinen 70. Geburtstag in bemerkenswerter Frische feiern. Bedeutend war Seegers Mitarbeit bei den vielen Eingemeindungen nach Mannheim, die während seiner Amtszeit erfolgten, von Redarau bis Seckenheim und Friedrichsfeld.

Dr. Wertheim, 5. Okt. Mit dem Bau des hiesigen Seehafens wurde begonnen. Der ganze Erdaushub von circa 110 000 Kubikmeter wird von Hand befördert und verladen; im Interesse der Arbeitsbeschaffung wird auf Einsetzung von Baggermaschinen, Karren u. dgl. verzichtet. Auch der Sandsteinindustrie sind durch den Hafenbau Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben.

Dr. Allerheiligen, 5. Okt. Der Schwäbische Schneelaufbund Stuttgart, im Jahre 1907 gegründet, begeht seine 25-Jährige mit der Einweihung des Gedächtnishauses am Schliffkopf zu Ehren seiner im Felde geliebten Skilameraden, Förderer, Stifter und alle Freunde des Bundes sowie die Mitglieder aus Stadt und Land werden zu dieser Einweihungsfeier auf die Höhen des Schliffkopfes am Sonntag, den 9. Okt., eingeladen. Die Einweihungsfeier wird im Süddeutschen Rundfunk übertragen.

Dr. Offenburg, 6. Okt. Die 9. Ortenauer Herbstmesse war in jeder Beziehung ein voller Erfolg. Nicht weniger als 20 000 Personen haben in den vier Tagen die Ausstellung besucht. Die ausstellenden Geschäftsleute waren mit dem Auftragsgang im allgemeinen zufrieden. Teilweise überraschte der Auftragsgang, da die Erwartungen nicht so hoch gespannt waren.

Dr. Donaueschingen, 4. Okt. Am 1. Oktober 1892, also vor nunmehr 40 Jahren, wurde die Regalbahn in Betrieb genommen, zunächst allerdings die Teilstrecke Donaueschingen-Sammereisenbach. Die ganze Strecke konnte erstmals am 1. August 1893 befahren werden. Von dem Personal, das seinerzeit angestellt wurde, sind heute noch die Zugführer Duffner und Haujer in Furtwangen, sowie der Vorarbeiter Jaist, Böhrenbach, im Dienst der Bahn.

Dr. Sigen, 6. Oktober. Die Arbeitslosigkeit in Industrie und Handwerk veranlaßt viele Leute, sich wieder der Landwirtschaft, der Urbeschäftigung der Menschheit, zuzuwenden, da diese trotz ihrer Notlage eben immer noch eine solidere Existenzmöglichkeit zu bieten vermag und wenigstens die tägliche Nahrung gibt. So wurde bei einer Güterverpackung in Wöllringen lebhaftes Interesse für Nachgüter gezeigt. Die gewobenen Preise zogen merklich an und erreichten zum Teil wieder die früheren normalen Höhe. An Nachgütern wurden pro Morgen in besseren Lagen 50-80 RM erzielt. Eine Wiese von nicht ganz einem Morgen galt im Verkauf 800 RM. Weiter wurden die Grundstücke samt Gebäulichkeiten des Reithofes von Landwirt Konrad Epple in Reuthof um die jährliche Pachtsumme von 800 RM übernommen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	6. Oktober		5. Oktober	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.33	169.67	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	75.32	75.48	75.37	75.53
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	14.525	14.565	14.53	14.57
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.15	81.31	81.10	81.26
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Kr.	12.463	12.485	12.463	12.485

Die Sparpläneinlagen bei den deutschen Sparplänen beliefen sich Ende August 1932 auf 9734,04 Millionen Reichsmark gegenüber 9718,22 Millionen Reichsmark Ende Juli 1932. Der Berichtsmontat weist mithin eine Zunahme um 15,82 Millionen Reichsmark gegenüber einer Abnahme um 82,54 Millionen Reichsmark im Vormontat auf.

Mannheimer Hafenverkehr im September

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars zeigte im Berichtsmontat durchweg fallende Tendenz. Der Rheinpegel bewegte sich zwischen 309 und 298 Zentimeter, der des Neckars zwischen 300 und 229 Zentimeter. Infolge des zurückgehenden Wasserstandes mußten nach dem Oberrhein bestimmte Fahrzeuge geleichtert werden. Das Angebot an Frachten zeigte keine Besserung. In stillgelegten Schiffen wurden Ende September 86 mit 94 597 Tonnen Ladegewicht gezählt. Der Gesamtumschlag betrug im Berichtsmontat 364 781 Tonnen (i. V. 400 166 Tonnen), gegenüber dem Vormontat mehr 1723 Tonnen.

Rheinverkehr:

Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 266 und 675 Rähne = 296 658 Tonnen, Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 270 und 653 Rähne = 51 593 Tonnen.

Neckarverkehr:

Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft — und 107 Rähne = 8168 Tonnen, Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 3 und 128 Rähne = 8882 Tonnen.

Auf den Handelsdocks entfallen: Ankunft 168 820 Tonnen, Abgang 45 554 Tonnen, auf den Industriedocks: Ankunft 63 382 Tonnen, Abgang 10 212 Tonnen, auf den Rheinhäfen: Ankunft 72 624 Tonnen, Abgang 4 189 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiffen zu Hauptschiffen beträgt auf dem Rhein 26 421 Tonnen, auf dem Neckar 16 120 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 26 Fern- und 6 Lokalzüge abgegangen. In Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelsdocks 9885, im Industriedocks 7847 und im Rheinhäfen 8628 10-Tonnen-Wagen.

